

Fortschritt, Katechese und politischem Engagement, Theologie und Humanwissenschaften fragen. Doch auch an diesem Punkt schließt sich unmittelbar die Frage nach konkreten Experimenten und Erfahrungen an.

Das Thema *Religionsfreiheit*, das in der Evangelisationsdebatte von 1974 ein Schattendasein fristete, wird direkt angesprochen. Wie es Aufgabe der Katechese sei, freie und verantwortliche Personen zu erziehen, so sei sie selbst auf Freiheit angewiesen. Fragen an die Bischöfe: „Welche Freiheit ist in Ihrem Land garantiert? In welcher Weise bemüht sich die Katechese in Ihrem Land, die Befreiung von sozialer, politischer, ökonomischer und moralischer Konditionierung zu fördern?“ Zumindest genannt und als Diskussionsgegenstand empfohlen wird das *Verhältnis von Katechese im kirchlichen Kontext und schulischem Unterricht*. Nicht unterlassen wird natürlich die Frage nach dem *Einsatz der Kommunikationsmedien* für die katechetische Arbeit.

In einem letzten Absatz werden noch einmal grundsätzlichen-theologische Fragen angeschnitten. Dabei wird wieder die Aufgabe der Adaption an die gegenwärtige Situation herausgestellt. Es gelte, *katechetische Modelle in Respekt vor der Tradition und vor den Erfordernissen christlichen Lebens in unserer Zeit* zu entwickeln. „Muß man nicht lernen, präziser zu unterscheiden zwischen Ziel, Inhalt und Methoden der Katechese heute und zu anderen Zeiten? Müßte nicht die Aufgabe der Katechese von einer bloß theologisch-doktrinalen Unterweisung unterschieden werden? Kann man aber andererseits Katechese auf die Anleitung zu einfachen christlichen Verhaltensweisen beschränken ohne Beachtung der ganzen Fülle christlichen Glaubens, ohne die notwendige Strenge in der Doktrin?“

Nach einer Aufzählung verschiedener Positionen, die dabei in der einen oder anderen Richtung einseitig verfahren, werden die Bischöfe an ihre Verantwortung für die Unterscheidung der Geister auch in der Sache der Katechese gemahnt. Zur katechetischen

„Didaktik“ heißt es, sie dürfe sich nicht auf Vermittlung von Erkenntnissen beschränken, sondern müsse die Vermittlung der Inhalte verbinden mit der Anleitung zu „religiösen Erfahrungen und Übungen der Nächstenliebe“. Man müsse eine möglichst große Zahl didaktischer Varianten für die Katechese fruchtbar machen.

Falsch programmiert?

Das Dokument schließt mit einem *Aufruf zur Zusammenarbeit* aller katechetisch Arbeitenden in einer „hierarchischen Gemeinschaft aller Katecheten“ und fragt die Bischöfe, welche Notwendigkeit sie in diesem Sinn für internationale Zusammenarbeit und für Kontakte mit dem Heiligen Stuhl sehen. Bekräftigt werden diese abschließenden Hinweise durch ein Zitat aus dem päpstlichen Schreiben über die Evangelisierung, in dem die *innere Einheit der Kirche als Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit* ihrer Verkündigung beschworen wird.

Es ist nicht zu übersehen, daß der Text eine Reihe von Anregungen gibt und daß er immer wieder bemüht ist, durch gezielte und konkrete Fragen für die Vollversammlung einen einigermaßen tragfähigen Boden zu bereiten – wobei die von den Bischofskonferenzen eintreffenden Reaktionen ja dann noch einmal zu einem eigenen Papier als Grundlage für die Beratungen der Synode verarbeitet werden. Trotzdem ist zu befürchten, daß es nächstes Jahr wieder über die Maßen weitschweifige Debatten geben wird. Man scheint aus dem – auch von vielen Bischöfen kritisierten – Verlauf der letzten Synoden-

versammlung nicht viel gelernt zu haben. Das dürfte schon die Themenwahl dokumentieren, die eine Neuauflage vieler damals endlos diskutierter Fragen erwarten läßt, ohne daß neue Antworten in Sicht sind. Das jetzige Thema lädt geradezu ein zur Wiederholung dessen, was 1974 geschah: Es gab eine Fülle von Situationsbeschreibungen, die nicht recht zu koordinieren, geschweige denn auf einen Nenner zu bringen waren und die überdies nicht durch eine theologische Durchdringung, die wirklich etwas Neues und besonders Wichtiges zum Thema gesagt hätte, ins Gleichgewicht gebracht wurden.

Bei der nächsten Sitzung wird nun also wieder das Ganze des Glaubens und der Theologie und des christlichen Lebens und ihr jeweiliges Verhältnis zur modernen Welt auf der Tagesordnung stehen und dazu die uferlose, höchst differenzierte und keineswegs bloß binnentheologisch zu bewältigende Problematik der Katechese. Wer sich an das schwierige Zustandekommen des Beschlusses der Würzburger Synode (der schließlich zum Guten gediehen ist) erinnert (vgl. Text und Kommentar HK, September 1975, 442 ff.), der wird die Erfolgsaussichten der Bischofssynode, wenn sie in einem Bruchteil der für den Würzburger Beschluß aufgewandten Zeit eine noch größere Thematik im Weltmaßstab bewältigen will, einigermaßen skeptisch beurteilen. Daß die Bischofssynode die ihr prinzipiell gesetzte Schranke durchbricht, nur schwerfälliges Diskussionsforum statt Organ wirklicher bischöflicher Mitverantwortung für die Weltkirche zu sein, ist von daher nicht zu erwarten. H. G. K.

Verschärfter SED-Kurs gegen die Kirchen?

„Die sozialistische Staatsmacht fördert die Vermittlung und Aneignung eines wissenschaftlich-materialistischen Weltbildes. Sie wahrt den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Sie gewährleistet die Religionsausübung

im Rahmen der Kirche und Religionsgemeinschaften.“ Dieser Passus aus dem *Parteiprogramm der SED* Deutschlands von 1963 ist in dem oben vom IX. SED-Parteitag verabschiedeten neuen Programm nicht

mehr enthalten. Es fehlt auch jener in dem nunmehr 13 Jahre alten Parteiprogramm, das noch den Geist und politischen Gestaltungswillen Walter Ulbrichts erkennen läßt, enthaltene Hinweis, daß die SED zwar „die wissenschaftlich begründete atheistische Weltanschauung verbreitet“, aber „bei voller Achtung der religiösen Gefühle gläubiger Menschen“.

Warnung von evangelischer Seite

Heißt das, die Kirchen würden nun mit einem verschärften Kurs des Regimes zu rechnen haben? Oder soll man nach den Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre den ideologischen Überbau des kommunistischen deutschen Staates nicht gar so ernst nehmen? Beide Spekulationen können ebenso richtig wie falsch sein. Sosehr vor einer Unterschätzung des weltanschaulichen Drucks auf die noch immer in ihrer Mehrheit sich zum Christentum bekennende Bevölkerung der DDR zu warnen ist, so sehr helfen Gelassenheit und Unbeugsamkeit, diesem Druck standzuhalten.

Die *Diskussion über den Stellenwert des Parteiprogramms* hinsichtlich des Umgangs der SED mit den Kirchen kam merkwürdigerweise erst unmittelbar vor dem Parteitag, der vom 18. bis 23. Mai in Ostberlin ablief, in Gang, obschon das neue Parteiprogramm ebenso wie das neue Statut der SED bereits im Januar veröffentlicht worden waren. Am 24. April, vor der im Ostberliner Stephanusstift tagenden Synode der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche (Ost) gab deren Bischof *D. Albrecht Schönherr* eine Stellungnahme der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zu den Dokumenten des IX. Parteitages der SED bekannt, in der diese ihrer Besorgnis darüber Ausdruck geben, daß die SED die von ihr propagierte marxistisch-leninistische Weltanschauung für alle Bürger verbindlich *durchsetzen* wolle. Genau dies aber hatten bereits die in der Berliner Ordinarienkonferenz zusammengeschlossenen katholischen Bischöfe der DDR in ihrem Hirten-

wort zu Erziehungs- und Bildungsfragen vom November 1974 zum Ausdruck gebracht (vgl. HK, Januar 1975, 23 ff.). Bis heute haben Staat und Partei das seinerzeit von allen Kanzeln verlesene Schreiben ignoriert. Man wird vergeblich auch nur eine einzige publizierte Stellungnahme in der DDR suchen. Es ist daher anzunehmen, daß die offiziellen Stellen von Staat und Partei auch diesmal beharrlich dazu schweigen werden.

Was hatte die Leitung des evangelischen Kirchenbundes in ihrer bereits im März dem Staatssekretär für Kirchenfragen Seigewasser übermittelten Stellungnahme mitgeteilt? Man war von der Frage ausgegangen, wie sich aufgrund des neuen Parteiprogramms das Zusammenleben von Bürgern verschiedener Weltanschauungen und Gewissensbindungen entwickeln soll, nachdem sich dort ein Trend zu noch deutlicherer *Identifizierung von Partei, Staat und Gesellschaft* abzeichnet. Der Programmentwurf (vgl. „Neues Deutschland“, 14.1.76) stellt fest: „Der Marxismus-Leninismus ist die herrschende Ideologie.“ Die Intensität, mit der diese Ideologie für die ganze Gesellschaft verpflichtend gemacht werden soll, zeigt sich in folgender These: „Die Arbeiterklasse ist unter Führung der SED die entscheidende gesellschaftliche Kraft, die den sozialen, politischen und ideologischen Inhalt der sozialistischen Lebensweise entsprechend ihren Klasseninteressen bestimmt, im Maßstab der ganzen sozialistischen Gesellschaft durchsetzt und ständig vertieft.“ War im Programm von 1963 unmittelbar neben dem klaren Ziel, wonach die Staatsmacht Vermittlung und Aneignung des materialistischen Weltbildes fördert, der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche sowie die Gewährleistung der Religionsausübung ausdrücklich genannt, so fehlen im Programm von 1976 sowohl diese Zuordnung als auch überhaupt jeder Hinweis auf Religion und unterschiedliche Weltanschauungen. Damit sei, so fürchten die Kirchenleitungen, die Gefahr heraufbeschworen, daß Gewissens- und Glaubensfreiheit für alle diejenigen Bürger nicht mehr ein-

deutig garantiert ist, die sich nicht an die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus binden können. Die Besorgnis wird dadurch noch größer, daß im Programm die weltanschauliche Erziehung zum Marxismus-Leninismus in der Einheit aller seiner Teile für die ganze Gesellschaft und die Erziehung aller junger Menschen, ausgehend von den Prinzipien der kommunistischen Erziehung, ausdrücklich betont wird. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme des Kirchenbundes (vgl. Berliner Kirchenreport, 26. 4. 76): „Die unleugbare Tatsache, daß es in unserer Gesellschaft Menschen verschiedener weltanschaulicher Überzeugungen gibt, verlangt gegenseitige Achtung, wie sie in Äußerungen führender Parteifunktionäre durchaus spürbar ist.“ Das Papier erinnert sodann an die *Beschlüsse der Helsinki-Konferenz*, in denen solche Achtung „als wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen“ ausdrücklich betont worden sind. Es werde für die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Weltanschauungen und Gewissensbindungen in der Zukunft von großer Wichtigkeit sein, daß dies auch in den endgültig verabschiedeten Parteidokumenten deutlicher zum Ausdruck kommt.

Berufung auf Helsinki

Ohne „Roß und Reiter“ zu nennen, hat Staatssekretär *Seigewasser* unterdessen den kirchlichen Besorgnissen eine Antwort erteilt. Anlässlich eines Empfangs am 28. April in Erfurt für Journalisten aus west- und osteuropäischen Ländern sprach er von einer „festen Verzahnung“ von Christen und Marxisten in der DDR. Wörtlich sagte der SED-Funktionär: „Wir werden, seien Sie dessen gewiß, auch in den künftigen Jahrzehnten das Prinzip des vertrauensvollen Miteinanders von Marxisten und Christen strikt beachten.“ *Seigewasser* nannte dieses Prinzip „das Geheimnis unserer Erfolge“ (zit. nach epd-Berlin, 30. 4. 76). Nach seinen Worten ist das Kriterium für die Mitarbeit in der Gesellschaft der DDR nicht die Frage, ob jemand gläubig oder nicht gläubig, sondern ob er ein

bewußter christlicher Staatsbürger ist. Gerade unter Bezugnahme auf die auch von den Kirchen immer wieder bemühte Europäische Sicherheitskonferenz meinte der Staatssekretär, sie stelle einen schlüssigen Beweis dafür dar, daß sich Staaten verschiedenster Gesellschaftsordnungen zusammenfinden und eine vom Kalten Krieg bestimmte Periode der europäischen Geschichte abschließen können, wenn sie bereit seien, die zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu beachten und im täglichen Leben durchzusetzen.

Auf die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki berufen sich nachdrücklich auch die christlichen Kirchen. Während im Westen eher Mißtrauen gegenüber den Ergebnissen der Konferenz vom Sommer 1975 vorherrscht, will man drüben wenigstens die geringen Chancen in den Dokumenten, die ja von einem friedlichen Miteinander von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgehen, nutzen. Wahrscheinlich sind sich selbst politisch Interessierte und im kirchlichen Leben Engagierte in der Bundesrepublik nicht bewußt, was die Unterzeichner der Schlußakte im Hinblick auf „religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen“ bestätigt haben, daß diese nämlich „im verfassungsmäßigen Rahmen der Teilnehmerstaaten wirken“ können, und daß ihre Vertreter „in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen haben sowie Informationen austauschen können“. Selbst ein so kritischer Beobachter der kirchlich-politischen Szenerie der DDR wie der Görlitzer evangelische Bischof *Hans-Joachim Fränkel* bezeichnete die Schlußakte von Helsinki als „ein Zeichen der Hoffnung“ und ein „bedeutungsvolles Dokument friedlicher Koexistenz“ (vgl. epd-Berlin, 9. 4. 76). Auch wenn die Erklärung von Helsinki keine Rechtsverbindlichkeit eines Vertrages habe, so fügte Fränkel in einem Vortrag vor den Mitgliedern der Görlitzer Synode Anfang April hinzu, müßten sich die Unterzeichnerstaaten auf das, was sie als ihre gemeinsame Absicht erklärt haben, ansprechen lassen. Es müsse daher auch in einem Staat, zu

dem Christen und Marxisten gleichermaßen gehören, die Koexistenz von Marxismus-Leninismus und christlichem Glauben im Sinne der Koexistenz ihrer Bekenner geben. Denn „wenn die Koexistenz der Überzeugungen grundsätzlich bestritten wird, dann wird in letzter Konsequenz die Existenz des anderen bestritten“, sagte der Bischof. Die Marxisten dürften von den Christen und der Kirche erwarten, „daß wir uns als Christen durch das Evangelium und nicht durch eine antikomunistische Ideologie bestimmt sein lassen“. Wohl dürfe der vertretenen Weltanschauung die Macht zugehört werden, daß sie sich durchsetzt. „Ich darf sie aber nicht mit Macht durchsetzen wollen“, fuhr Fränkel wörtlich fort, „damit würde ich die in Helsinki erklärte Einheit von Frieden und Menschlichkeit preisgeben.“

Dennoch spüren nicht nur die Christen, sondern alle Bürger der DDR, daß vom IX. Parteitag der SED Veränderungen zu erwarten sind, die ihr Leben auf Jahre hinaus wesentlich beeinflussen. Das neue Parteiprogramm spricht von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Jetzt stehe man, so formulierte es SED-Chef Erich Honecker, vor der entscheidenden Phase des „allmählichen Übergangs zum Kommunismus“ (zit. nach „Die Welt“, 5. 11. 75). Freilich wollte Honecker keine Zeitangaben darüber machen, wann etwa der Aufbau des Kommunismus in der DDR beendet sein wird. Immerhin meinte er in einem Gespräch mit einem Kumpel des Braunkohlreviers, er selbst wolle die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus noch erleben. Sowenig sich Genaueres über den Zeitpunkt des „Übergangs zum Kommunismus“ sagen läßt, so vage sind die Angaben über die realen Veränderungen, mit denen sich die Bevölkerung in den nächsten Jahren auseinanderzusetzen hat.

Unzweifelhaft werden die Kommunisten in ihrem Bestreben, den Menschen total für die ideologischen Ziele der Partei zu vereinnahmen, nicht nachlassen. Sie werden die marxistisch-leninistische Weltanschauung mit allen ihren Komponenten für alle Bürger

besonders auf dem Gebiet der Erziehung und des schulischen Unterrichts durchzusetzen versuchen. Die Kirchen haben es längst aufgegeben, der SED ihre Weltanschauung streitig zu machen, ihr den Atheismus ausreden zu wollen. Aber sie können nicht hinnehmen, daß Staat und Partei diese Weltanschauung als für jedermann verbindlich erklären. Damit würde die Basis für jedes „Miteinander“, von dem die kommunistischen Funktionäre so viel reden, zusammenfallen. Die wenigstens auf protestantischer Seite anerkannte Position, wonach man sich als „Kirche im Sozialismus“ – nicht etwa neben ihm – versteht, impliziert Mitverantwortung im Staat, konkret auch die Übernahme öffentlicher Ämter. In dieser Richtung etwa hat sich auch, folgt man einer Information des in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Pressedienst erscheinenden „Berliner Kirchenreports“ von Ende April, SED-Politbüro-Mitglied *Werner Lamertz* in einer Rede vom 31. Oktober 1975 vor dem Hauptvorstand der Ost-CDU geäußert. Es fällt nur auf, daß diese Rede bisher nirgends veröffentlicht worden ist.

Politik der Nadelstiche geht weiter

Ungeachtet solcher Vertrauensbetuerungen geht die Politik der Nadelstiche, der Benachteiligung von Christen auf den verschiedenen unteren und mittleren Ebenen weiter. Bischof Schönherr berichtete vor der Synode über Gespräche und Begegnungen zwischen Staats- und Kirchenvertretern, die neben Gemeinsamkeiten auch von gegensätzlichen Grundpositionen gekennzeichnet gewesen seien (vgl. epd-Berlin, 26. 4. 76). Im letzten Jahr hätten sich freilich Organe der DDR bemüht, Fälle von Diskreditierung christlicher Kinder und Jugendlicher zu bereinigen. Wegen des permanenten Drucks sei die Beteiligung der evangelischen Kinder an der Christenlehre auf 14% zurückgegangen. Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, *Dr. Mau*, der kürzlich die evangelischen Landeskirchen in der DDR besucht hatte, erklärte, die Gemeinden

schrumpften zusammen und an manchen Orten nahmen nur noch 0,5 bis 1 Prozent der vielfach „anonymen“ Christen am gottesdienstlichen Leben der Kirche teil. Unter solchen Umständen ist es natürlich schwer, Aussagen über die Zukunft der Kirche in der DDR zu machen.

Die *katholische Kirche* scheint dem Schrumpfungsprozess in weit geringerem Maß zu unterliegen. Das hängt gewiß mit ihrer jahrhundertelangen Diaspora-Situation zusammen. Man erwartet hier auch vom IX. SED-Parteitag keine einschneidenden Verände-

rungen. Dabei mag die ganz anders geartete Position der Kirche im römischen Verbund mitsprechen. Ost-Berlin ist nach wie vor daran interessiert, das begonnene Gespräch mit dem Vatikan nicht abreißen zu lassen. In diesem Jahr stehen weitere Veränderungen innerhalb der kirchlichen Jurisdiktion an, die von der SED als Entgegenkommen gegenüber den eigenen Wünschen gewertet werden müssen. Kurzfristig befürchtet man keine für die Kirche restriktiven Veränderungen. Aber eine Prognose über das Jahr 1980 hinaus wagt niemand.

E.-A. J.

das Fehlschlagen aller bisherigen Familienplanungsprogramme in Indien und fügte hinzu: „Das Bevölkerungswachstum ist in gewisser Weise die schlimmste Form von Inflation, weil es den Wert aller ökonomischen Gewinne mindert.“

Erdrückende Fakten

Die Regierung sieht sich der Tatsache gegenüber, daß Indien heute bereits eine Bevölkerung von 604 Millionen hat, während es vor 30 Jahren nur 300 Millionen waren. Jährlich werden derzeit durchschnittlich 22 Millionen Kinder geboren. Dies bedeutet ein reales Bevölkerungswachstum von 12 bis 13 Millionen. Zwar konnte die Geburtenrate durch die bisherigen Programme von 4,17 Prozent im Jahre 1961 auf 3,4 Prozent 1975 gesenkt werden, doch reicht dies nicht aus, um zu verhindern, daß noch vor dem Jahr 2000 die Milliardenengrenze überschritten wird. Die jetzt in Angriff genommenen Programme der Regierung sehen eine Senkung der Geburtenrate innerhalb der nächsten 10 Jahre auf 2,5 Prozent vor, ein Ziel, das ursprünglich für 1978 anvisiert war. Nach groben Schätzungen müßten bei anhaltendem Wachstum derzeit jährlich 125 000 neue Schulen, 2,5 Millionen neue Häuser und 4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ganz zu schweigen von der enormen Erhöhung der Getreideproduktion. Und das alles angesichts der Tatsache, daß heute bereits die Hälfte aller Inder unterhalb der Armutsgrenze leben.

Zwangssterilisation in Indien?

Anfang des Jahres gab es zwar bereits Gerüchte, daß sich die indische Regierung zu Zwangssterilisationen als letztem Mittel gegen das unaufhörlich steigende Bevölkerungswachstum entschließen werde, doch wollte damals noch niemand so recht an die Verwirklichung dieser radikalen Maßnahme glauben. Inzwischen steht fest, daß die Zentralregierung in Neu-Delhi den Bundesstaaten nichts in den Weg legen wird, wenn diese entsprechende Gesetze verabschieden. Ministerpräsidentin *Indira Gandhi* hat sich damit geschickt aus der Affäre gezogen. Denn es ist bekannt, daß sie das Bevölkerungswachstum als ungeheure Belastung empfindet, gleichzeitig aber persönlich gegen Zwangsmaßnahmen ist. Der Wandel zeichnete sich Anfang Januar allmählich ab. Am 1. Januar erklärte Frau Gandhi bei einer Sitzung der Kongresspartei in Chandigarh, ihre Regierung werde einige „schwerwiegende Schritte“ zur Förderung der Familienplanung unternehmen müssen, „die nicht von allen begrüßt werden“ (NCNS, 9. 1. 76). Am 22. Januar präziserte sie diese Aussage vor der Ärztereinigung. Sie sprach von notwendigem „entschlossenem Handeln“, um die Geburtenrate rasch zu senken: „Wir dürfen nicht zögern, auch Schritte einzuleiten, die als drastisch bezeichnet werden könnten. Einige persönliche Rechte müssen in der

Schwebe bleiben zugunsten der Menschenrechte der Nation, nämlich dem Recht auf Leben und dem Recht auf Fortschritt“ (The Tablet, 13. 3. 76).

Doch auch diese Bemerkung ließ noch keineswegs den Schluß zu, Frau Gandhi befürworte Zwangssterilisationen, zumal ihr Gesundheitsminister *Karan Singh* mehrmals ausdrücklich betonte, die Regierung plane derzeit nichts in dieser Richtung. Sie wolle lediglich durch ein weites System von Anreizen bzw. Entzug von Vergünstigungen die Sterilisation „attraktiver“ machen. Nachdem Einzelheiten über Gesetzentwürfe in verschiedenen Bundesstaaten bekanntgeworden waren, bezeichnete die Ministerpräsidentin selbst diese anvisierten Maßnahmen als „ein wenig drastisch“ (Le Monde, 8. 4. 76). Wenn sie dann aber Anfang April doch ihren Widerstand aufgab, so dürfte dies unter dem Druck der Realität und bestimmter politischer Kreise geschehen sein, an deren Spitze sich immer stärker ihr im letzten Jahr zum „Kronprinzen“ avancierter Sohn *Sanjay Gandhi* zu profilieren versucht. Er zählt augenblicklich zu den schärfsten Befürwortern einschneidender Maßnahmen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Den Druck der Realität verdeutlichte Frau Gandhi kürzlich in einem Interview mit der „Hindustan Times“. Sie beklagte darin

Mit dem in den letzten 24 Jahren mit großem finanziellem Aufwand durchgeführten Regierungsprogramm konnten nach offiziellen Angaben 23,4 Millionen Geburten verhindert werden. Aber nur 17,36 Millionen von den 103,6 Millionen Paaren im Alter von 15 bis 45 Jahren konnten bisher für irgendeine Form von Familienplanung gewonnen werden, wie der Direktor des Instituts für Bevölkerungsstudien in Bombay mitteilte. Da weder die Rhythmus-Methode noch die Spirale oder die Pille wirkliche Erfolge brachten, nahm die Regierung 1967 die frei-